

[Gemeinderatssitzung vom 05.Juni 2003: Photovoltaikanlagen und Rücktritt des zwei](#)

Kategorie : [Beratzhausen](#)

Veröffentlicht von Gast am 06-Jun-2003 17:22

Die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 05. Juni 2003 umfaßte drei hauptsächliche Punkte: die Niederlegung des Ehrenamtes als zweiter Bürgermeister und Marktrat zum 30.06.2003, der Antrag der Voltwerk AG auf Errichtung einer Photovoltaikgroßanlage in Beratzhausen und die Entscheidung über die Photovoltaik-Bürgerkraftanlage auf dem Dach der Schule. Gerade der letzte Punkt führte zu Diskussionen, da es im Gemeinderat nicht nur Befürworter gibt.

Erwartungsgemäß drückten alle Fraktionen ihr Bedauern über den Rücktritt Josef Bezolds und die gleichzeitige Akzeptanz seiner Entscheidung aus. Gerhard Rinkes / SPD betonte, daß Josef Bezold in den 31 Jahren seiner Mitgliedschaft im Gemeinderat die Geschichte des Marktes Beratzhausen entscheidend mit geprägt und sehr viele Ideen eingebracht habe. Bürgermeister Georg Thaler betonte, daß Bezold häufig der "Ideengeber" gewesen sei und immer bewußt neue Wege gesucht und besritten habe. "Was Beratzhausen von den Nachbargemeinden unterscheidet, trägt Deine persönliche Handschrift." meinte Thaler in seinen abschließenden Worten. Eine offizielle Verabschiedung wird noch folgen.

Anhand von Informationsmaterial wurde dem Gemeinderat die Firma Voltwerk AG und seine Projektidee für Beratzhausen vorgestellt. Die Voltwerk AG ist ein 1998 gegründetes Unternehmen, welches im Bereich Planung, Errichtung, Finanzierung und Verwaltung von Windkraftanlagen und Photovoltaikgroßanlagen tätig ist, und bereits viele Projekte wie z.B. das Hemauer erfolgreich verwirklicht hat.

Aufgrund der Tatsache, daß man eine geeignete Fläche in Beratzhausen gefunden hat und auch bereits mit dem Eigentümer in Verhandlungen steht, wurde der Genehmigungsantrag an die Gemeinde gestellt. Aufgrund der eindeutigen Fakten und in Hinblick auf die ökologische Verantwortung der Gemeinde, stimmte der Gemeinderat einer derartigen Nutzung auch zu, zumal die Voltwerk AG ihre Zusicherung gegeben hat, für alle Kosten, die im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung und der Erstellung eines Bebauungsplans entstehen, zu übernehmen.

Geplant ist die Erstellung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von 5,0 MW zur Stromgewinnung, die eine Gesamtinvestition von 20 Millionen Euro erfordert. 62 Einzelanlagen auf Holzgestellen auf einer Fläche von 16 ha mit einer Leistung von 99,7 kWp sollen errichtet und installiert werden. Das Grundstück in Vorderkreith mit seiner Süd-Neigung und seiner geringen Beschattung erlaubt eine sehr gute Flächennutzung und soll mittels eines langfristigen Pachtvertrags gesichert werden. Wechselrichter und Trafos will man in

Containern unterbringen, die Einspeisung des gewonnenen Stroms soll über Erdkabel erfolgen.

Durch eine kurze Bauzeit von ca. fünf Monaten und Einbeziehung regionaler Unternehmen soll die Energieeinspeisung noch in diesem Jahr erfolgen. Pflege- und Wartungsverträge sollen ebenfalls an örtliche Personen und Unternehmen vergeben werden.

Kontroverser waren die Meinungen allerdings in Bezug auf die bereits in der letzten Sitzung vorgestellten Bürgerkraftanlage auf dem Dach der Gottfried-Kästel-Schule. Vor allem die CSU meldete erhebliche Bedenken an. Sowohl Andreas Niebler, als auch Josef Hauser betonten, dass man grundsätzlich erneuerbaren Energien gegenüber offen sei, aber in diesem konkreten Fall Probleme und Belastungen für die Gemeinde kommen würde, da es sich um sehr viele Vertragspartner handeln würde, man sich bezüglich der Nutzung des Daches auf sehr viele Jahre festlegen würde und eine eigene Nutzung der Dachfläche auf Jahre hinaus nicht möglich sei. Alle diese Faktoren ständen in keinerlei Relation zu dem Nutzen, die diese relativ kleine Anlage bringe. Hinzu käme noch der optische Aspekt im Rahmen des städtebaulichen Konzepts für Beratzhausen. Angeführt wurden desweiteren die Bedenken der Ingenieurbüros Dörmkes & Partner und Fürbacher.

Mit einer knappen Mehrheit von 11 zu 10 Stimmen beschloss der Gemeinderat die zur Verfügungstellung der Fläche auf dem Dach der Schule zu einem Mietpreis vom € 500.-- per anno und der Bedingung, dass die Einwände der Ingenieurbüros bei der Planung und Errichtung berücksichtigt werden müssen.